



Absage an eine Postbank

Für den Ständerat sind die Risiken zu gross und die Chancen zu klein

Der Ständerat will definitiv nichts von einer Postbank wissen. Und er will Postfinance auch nicht die Vergabe von Lombardkrediten ermöglichen. Eine Postbank wäre «too near to fail», argumentierte die Mehrheit.

Beat Waber, Bern

Es ist nicht das erste Mal, dass im Parlament über die Erweiterung der Postfinance zu einer eigentlichen Postbank debattiert wird. Diesmal wurde es aber konkret: Im Ständerat ging es am Montagabend nicht nur um vage Ideen in Form parlamentarischer Vorstösse, sondern um das neue Postorganisationsgesetz. Dieses soll der Post und der Postfinance eine neue Rechtsgrundlage verschaffen, die auch bei einer vollständigen Marktöffnung Bestand hat.

Ausgliederung in eine AG

Letzte Woche hatte der Ständerat die Marktöffnung im neuen Postgesetz vorgespürt, wenn auch nur äusserst knapp (NZZ 2.12.09). Im Gesetz über die Postorganisation ist nun vorgesehen, die Post von einer Anstalt des Bundes in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Bund muss daran die Mehrheit halten. Eine Teilprivatisierung wäre theoretisch möglich; gemäss Bundesrat Moritz Leuenberger bestehen aber keinerlei Pläne, es nicht bei der 100-prozentigen Bundesbeteili-

gung zu belassen. Die Postfinance soll in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ausgegliedert werden, an der die Post die Mehrheit halten muss. Postfinance soll zudem, wie Banken und Versicherungen, der Finanzmarktaufsicht (Finma) unterstellt werden.

Doch welche Geschäfte darf Postfinance künftig tätigen? Der traditionelle Zahlungsverkehr ist unbestritten. Kredite kann Postfinance bis anhin jedoch nur in Zusammenarbeit mit einer Bank (zurzeit Valiant) gewähren; selber verfügt sie über keine Banklizenz. Bürgerliche und linke Ständeräte wollten diese Einschränkung nun lockern: Theo Maissen (Graubünden, cvp.) beantragte, Postfinance zu erlauben, selber Kredite im Inland (Hypotheken, Firmenkredite, Privatkredite) zu gewähren. Und Maximilian Reimann (Aargau, svp.) wollte ihr zumindest ermöglichen, den Kunden durch Wertschriftendepots gesicherte Lombardkredite zu geben. So könnte die Post Gelder statt im Ausland im Inland anlegen, argumentierten die Befürworter. Und Maissen dachte auch an die Mitfinanzierung der postalischen Grundversorgung durch Gewinne aus dem Kreditgeschäft.

Postminister Leuenberger fand Reimanns Vorschlag vernünftig – vernünftiger jedenfalls als die am Wochenende vom Post-CEO in die Diskussion eingebrachte Briefkasten-Gebühr. Eine umfassendere Banklizenz hatte der Bun-

desrat indes – gegen Leuenbergers Antrag – abgelehnt. Und der Ständerat wollte nun weder vom einen noch vom andern etwas wissen: Reimanns Antrag scheiterte mit 24 zu 8, jener von Maissen mit 25 zu 11 Stimmen.

«Too near to fail»

Kommissionspräsident Peter Bieri (Zug, cvp.) brachte die Bedenken der Mehrheit auf den Punkt: Kredite bedeuteten immer auch Risiken. Eine Postbank wäre zwar nicht unbedingt «too big to fail» wie die Grossbanken, aber «too near to fail»: Wegen der Nähe zum Bund wäre es undenkbar, dass der Staat sie bei Schwierigkeiten fallenlassen

könnte. Dies gälte auch nach Verzicht auf eine formelle Staatsgarantie. Und Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) nannte als Voraussetzung, die zuerst zu erfüllen wäre: Postfinance wäre nicht nur auszugliedern, sondern der Bund müsste auf jedes direkte oder indirekte Miteigentum verzichten. Die Postbank wäre also zu privatisieren. Dann könnte sie aber auch nicht die Post quersubventionieren.

This Jenny (Glarus, svp.) unterstellte den Gegnern allerdings noch weitere, unausgesprochene Gründe: Sie redeten zwar ständig von Liberalisierung, wollten in Wirklichkeit aber die Banken vor einem neuen Konkurrenten schützen. Die Befürworter einer Postbank hoffen nun, dass der Nationalrat die Frage neu aufrollen wird.